

Die „Arbeiter“ erscheinen täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus 20 Pf. für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Eröffnung bezogen für Frankreich, Belgien, das Saar- und Rheinlandgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 20 Pf., für das übrige Ausland 25 Pf. — Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Drelle Straße 8-9

Die Jahrgangspreise: Monatspreis 2,00 M., vierteljährlich 5,00 M., halbjährlich 9,00 M., jährlich 16,00 M., einschließlich Anzeigen. Vierteljährliche Anzeigen 10 Pf., halbjährliche 18 Pf., jährliche 32 Pf., netto von Steuer. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 1,50 M., jedes weitere Wort 1,00 M. in Wort-Anzeigen das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,00 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

STREIFER

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue Reparationsmöglichkeiten

Der Reparationsplan der englischen Industrie

Von Prof. E. Lederer-Heidelberg

Unmählich beginnt sich die Tatsache auszuwirken, daß die Deutschland auferlegte Reparationsverpflichtung im wesentlichen eine grundsätzliche Aenderung in den Handelsbeziehungen der Staaten untereinander schaffen muß. Wenn im Friedensvertrage bestimmt wurde, daß „Deutschland“ an die Alliierten zu zahlen habe, so mußte man wissen, daß diese Zahlung „Deutschlands“ im Grunde nur eine Zahlung seiner Bürger sein könne, da ja Deutschland selbst über ein Vermögen oder über Einkünfte nicht verfügt. Und ebenso hätte man wissen müssen, daß „Frankreich“ eine Zahlung nicht anders als dadurch empfangen könne, daß Gewinne oder Vermögensteile deutscher Unternehmungen ins Ausland übertragen, also daß große Verkäufe stattfinden, deren Abnehmer in Frankreich oder auf anderen Märkten sich finden müßten. Es mußte also von vornherein klar sein, daß weitgehende Verschiebungen in den Absatzmärkten erfolgen werden, und daß letzten Endes Deutschland zu einem sehr forcierten Schleuderelexport genötigt sein werde, wie er sich nun tatsächlich unter dem Druck der deutschen Baluta auch in größtem Umfange vollzieht. Weil nun diese Reparationen im Wesen dazu dienen, die Defizite der alliierten Staaten zu decken, dieses Defizit aber durch Einschränkung der Rüstungsausgaben sehr wesentlich verringert, ja sogar ganz beseitigt werden könnte, so wäre Einschränkung der Staatsausgaben der eine Weg, um die Verwirrung der Märkte, welche die Reparation hervorruft, zu beheben. Da man aber mit politischen Kräften rechnen muß, welche zunächst einen solchen Ausweg verdammen, ist es begreiflicherweise das Interesse der fremden Industrien, den deutschen Warenabfluß so zu gestalten, daß er ihre Kreise am wenigsten stört. Das kann aber nur erreicht werden, wenn der deutsche Warenabfluß keine zusätzliche Konkurrenz bedeutet, sondern im Gegenteil neue Märkte erschließt. Dann kann die Reparation sogar zum Ausgangspunkt von wirtschaftlichen Neuschöpfungen werden und als Schrittmacher der alliierten Industrien dienen. Dies ist auch in der Tat der Gesichtspunkt, welcher gegenwärtig vom Verband der britischen Industrie in einer diebemerktens Demoskript vertreten wird.

Die Schwierigkeit für die englische Industrie besteht in einer Verdrängung seiner europäischen Märkte. Die Kaufkraft der mittel- und osteuropäischen Länder ist nicht nur durch die Entwertung ihrer Währungen sehr vermindert, sondern auch ihre Produktion hat, im ganzen genommen, nachgelassen. Sowohl die Landwirtschaft als das Verkehrswesen und die Industrie erzeugen heute noch immer bedeutend weniger als vor dem Kriege, wenn man Europa als Ganzes betrachtet, und diese Länder können daher zusammengenommen auch wieder nur weniger Importwaren beziehen, weil auf die Dauer Import nur durch Warenelexport bezahlt werden kann. Diese Verringerung der Kaufkraft in Europa ist schon längst von der englischen Industrie als eine der Hauptursachen für die Weltwirtschaftskrise erkannt worden, und die Kreise, welche sich ihren wirtschaftlich klaren Blick nicht durch politische Schlagworte trüben lassen, wissen sehr wohl, daß ohne eine ökonomische Erstarung der ehemaligen Feinde auch ihr ökonomisches Gedeihen nicht wiederhergestellt werden könne. Aus diesem Zwiespalt zwischen politischen Wünschen und ökonomischen Notwendigkeiten suchen die englischen Industrien den Ausweg, daß die deutsche Industrie zugunsten der alliierten Gläubiger den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Mittel- und Westeuropa durchzuführen soll. Das würde sich in der Praxis so abspielen, daß die deutsche Industrie zur Lieferung von Lokomotiven, Waggons, Schienen usw. für die russischen, polnischen Bahnen usw. übernehmen würde und daß der Gegenwert zur Bezahlung der Reparation verwendet werden würde. Märkte, welche ohnedies infolge der Balutasituation, der Transportlage usw. in erster Linie günstig für die deutsche Produktion liegen, sollen in ihrer Aufnahmefähigkeit gesteigert werden, und der Preis soll der Reparation zugute kommen.

Da erheben sich sofort eine Menge schwerwiegender Fragen, welche sich die britischen Industriellen wohl auch vorgelegt haben:

1. Wenn deutsche Lieferungen in großem Umfange nach dem Osten gehen sollen, so muß der Handelsverkehr auf eine breite, zuverlässige Grundbasis gestellt werden. Denn offenbar werden diese zerrütteten Staaten nicht instand sein, sofort die vollen Gegenwerte für die gelieferten Waren zu geben, sondern werden nur Zahlungsversprechungen oder Konzeptionen, kurzum künftige Zahlungen als Gegenwert bieten können, deren Sicherheit schließlich von der Gestaltung der politischen Verhältnisse abhängt. Reparation durch Wiederaufbau im Osten bedeutet also ein großes außenpolitisches Programm in einer Richtung, welche Lloyd George offenbar schon lange verfolgt, ohne sie bisher gegenüber Frankreich durchsetzen zu können. (Auch das Problem des polnischen Staates hängt damit zusammen.)

2. Wenn dieses Problem gelöst wäre im Sinne einer realistischen Ordnung der osteuropäischen Probleme, so ergibt sich die weitere Frage; ist es möglich, zusätzlichen Export an

Krise im Hochbahnbetrieb

Streikbeschuß der Angestellten Neunzehntel Mehrheit für den Streik

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat das gesamte Personal der Hochbahngesellschaft Lohn- und Gehaltsforderungen erhoben, die auf dem Verhandlungswege zwischen den Vertretern der Arbeiter und Angestellten und der Direktion der Hochbahngesellschaft nicht erledigt werden konnten. Es wurde eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 3,50 Mark pro Stunde und die Zahlung der Restsumme von 150 Mark der bereits bewilligten Wirtschaftshilfe gefordert.

Das Reichsarbeitsministerium hatte zum Sonnabend eine Sitzung vor dem Schlichtungsausschuß anberaumt. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde ein Uebereinkommen zwischen den Vertretern der Direktion und den Vertretern der Gewerkschaften und dem Betriebsrat getroffen. Hiernach sollte für den Monat Dezember der einmalige Betrag von 150 Mark und anhebend eine Erhöhung des Stundenlohns um 2,70 bzw. 2,50 Mark pro Stunde gezahlt werden.

In einer am Sonntag stattgefundenen Vollversammlung des gesamten Personals wurde beschlossen, die alte Forderung ausreicht zu erhalten. Außerdem wurde eine Abstimmung in den Betrieben vorgenommen, die mit neunzehntel Mehrheit sich gegen das Abkommen und für den Streik aussprach.

Die Vertreter der Gewerkschaften, die Betriebsräte sowie sämtliche Funktionäre der Hochbahner haben sich nun am Dienstag mit der Situation beschäftigt und nach ausführlicher Debatte beschlossen, alle Vorbereitungen zu treffen, um den Streik am Freitag, den 9. Dezember, eintreten zu lassen, falls die Direktion der Hochbahngesellschaft es ablehnt, weitere Zugeständnisse zu machen.

In einer Ansprache der Vertreter der Hochbahngesellschaft wird uns ausdrücklich versichert, daß die Hochbahner zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts nach wie vor bereit sind. Die krasse Not zwingt sie aber, an ihren minimalen Forderungen festzuhalten.

Wir hoffen, daß die Direktion der Hochbahngesellschaft den Konflikt nicht auf die Spitze treibt und in letzter Stunde die be-

rechtigten Forderungen der Hochbahner bewilligt. Hat sie doch die Fahrpreise bisher noch immer pünktlich erhöht, sobald ein Vorwand dazu gegeben war.

Erhöhte Erwerbslosenunterstützung

Die Reichsregierung hat beschlossen, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Teuerung vom 5. Dezember 1921 ab erhöhte Erwerbslosenunterstützungssätze zuzulassen. Diese Höchstsätze betragen:

1. Für männliche Personen:

- a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, in den Ortsklassen A 15 M., B 13,75 M., C 12,50 M., D und E 11,25 M.;
- b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben, in den Ortsklassen A 12,50 M., B 11,25 M., C 10 M., D und E 8,75 M.;
- c) unter 21 Jahren in den Ortsklassen A 8,50 M., B 7,75 M., C 7 M., D und E 6,25 M.;

2. Für weibliche Personen:

- a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, in den Ortsklassen A 12,50 M., B 11,25 M., C 10 M., D und E 8,75 M.;
- b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben, in den Ortsklassen A 8,50 M., B 7,75 M., C 7 M., D und E 6,25 M.;
- c) unter 21 Jahren in den Ortsklassen A 7 M., B 6,25 M., C 5,50 M., D und E 4,75 M.;

3. Als Familienzuschläge für:

- a) den Ehegatten in den Ortsklassen A 7 M., B 6,25 M., C 5,50 M., D und E 4,75 M.;
- b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige in den Ortsklassen A 6 M., B 5,50 M., C 5 M., D und E 4,50 M.;

Die neuen Unterstützungssätze gelten ebenso wie bisher als Höchstsätze. Es bleibt den Gemeinden, gegebenenfalls auch den Ausschüssen, dort, wo Anlaß dazu geboten sein sollte, überlassen, Unterstützungsätze festzusetzen, die nicht das höchstzulässige Maß erreichen, namentlich in Bezirken, in denen durch die Gewährung des Höchstsatzes die Unterstützung sich den üblichen Löhnen nähern oder sie gar überschreiten würde.

Für Berlin sind maßgebend die Sätze unter A.

deutschen Waren in dem Umfange der Reparation zu leisten, und zwar nicht nur technisch zu leisten, sondern auch soviel Absatz zu finden, daß die Reparationsraten damit beglichen werden könnten? Daß es sich hier um zusätzlichen Export, über den bisher geredet hinaus, handeln muß, ist offensichtlich. Denn die bisherigen Exporte sind notwendig, ja sie reichen nicht einmal aus, um die Importe nach Deutschland zu bezahlen. Diese Importe (von Luxuswaren abgesehen) einzuschränken, ist praktisch nicht möglich, weil das deutsche Volk leben muß, um arbeiten zu können. Es würde also gar nichts nützen, wenn auf der einen Seite Exporte nach Rußland ermöglicht würden, ohne den Export in die übrigen Märkte aufrechtzuerhalten, ja noch zu steigern. Der Markt für englische Produkte kann also durch diesen Plan nicht entlastet werden.

3. Auch wenn der zusätzliche Export im Umfange der fälligen Reparationsraten gelingt, wenn es möglich ist, den ganzen Gegenwert in die Hand der fremden Regierungen zu bringen, wenn so eine neue Konkurrenz unmittelbar aus der Reparation für England nicht entsteht, so bleibt das innenwirtschaftliche deutsche Problem noch ungelöst: denn diese Reparationsleistungen müssen ja doch den deutschen Industriellen bezahlt werden, und das ist nur möglich, wenn in dem Betrag ihres Wertes die Regierung über neue Steuereingänge verfügt oder Ersparnisse im Staatshaushalte erzielt. Das dies im ganzen Umfange der Leistungen sofort durchführbar wäre, ist bei größtem Optimismus schwer anzunehmen. Es bliebe also nur Notendruck zur Finanzierung dieser Exporte möglich. Deshalb sieht die englische Industrie noch einen anderen Weg vor: da sie weiß, daß aus der jährlichen Arbeit die Reparation in ihrem ganzen Umfange nicht herausgeholt werden kann, so ist auch sie der Meinung, daß die Substanz des deutschen Volkvermögens herangezogen werden muß. In dem wichtigsten Teile des erwähnten Gutachten schlägt daher die britische Industrie kapitalistische Durchdringung der deutschen Industrie vor. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß hier die britische Industrie sich den Gedanken der „Erfassung der Sachwerte“ voll zu eigen gemacht hat. Denn wenn es heißt, daß Papiere geschaffen werden sollen, welche von den deutschen Unternehmungen, und zwar industriellen, kommerziellen, Banken und Verkehrs-Unternehmungen als Realloft übernommen und verzinst werden sollen, so läuft das ökonomisch auf dasselbe hinaus, wie die Schaffung von Gattisaktien oder Goldhypotheken zum Zwecke der Verwertung

durch das Reich. Es ist dann eine Frage zweiten Ranges, wenngleich eine wichtige Frage, ob an festverzinsliche Hypotheken oder an Beteiligung (mit beweglichem Ertragsanteil, je nach Geschäftsgang der Industrie) gedacht ist. Mit Recht hebt der englische Bericht hervor, daß dadurch die Schuld der einen Regierung an die andere sich umwandeln würde in eine Schuld der deutschen Industriellen an die englischen oder überhaupt ausländischen privaten Kapitalisten. Das ist auch die einzige Form, in welcher Kapitalien großen Umfangs aus einem Lande in das andere Land übertragen werden können. Auch dieser Weg schließt noch viele Probleme in sich ein, aber es ist immerhin ein günstiges Symptom, daß man nachzudenken beginnt, auf welchem Wege die Reparation ökonomisch zu leisten möglich ist. Dieser Weg der Kapitalhingabe ist dann natürlich nur parallel mit entsprechender Besteuerung möglich.

Gewiß die Ueberantwortung eines großen Teiles der ökonomischen Substanz an fremde Gläubiger ist bedenklich. Aber wir können ihn, wenn wir auch nur einen Teil der verlangten Reparation leisten sollen, nicht vermeiden. Ob diese ökonomische Substanz für immer in fremden Händen bleiben wird — wer vermöchte es zu sagen? Vielleicht werden die Produktivkräfte Deutschlands einmal so ergiebig sein, daß die Möglichkeit besteht, sie zurückzuerwerben. Wie immer dem sein mag, heute bleibt keine Wahl übrig. Es ist ein Zeichen, daß man in der Welt wieder sucht, vernünftiger zu werden, wenn heute an Formen gedacht wird, welche die Reparation wirtschaftlich möglich machen sollen. Bloße Ablehnung dieser Pläne gegenüber ist nicht am Platz. Man muß sich mit ihnen auseinandersetzen und ihnen diejenigen Formen zu geben versuchen, in welchen die Elastizität der deutschen Wirtschaftskräfte nicht gebrochen, der Einfluß des fremden Kapitals nicht zu einer Herrschaft, und die notwendigen Exporte nicht zu einer Gefährdung des Existenzminimums werden. Wie anders stünde aber Deutschland heute da, wenn es bereits seinerseits mit den vom Reich erfassten Sachwerten als verhandlungswürdiger Partner sich auf die hier vorgeschlagene Plattform begeben könnte — anstatt, daß es sich wieder das Gesetz des Handelns diktieren lassen soll. Die Kreise, welche die Erfassung der Sachwerte bisher hintertrieben haben, ohne durch eine solche und eigenständige Kreditation die Zahlungen zu ermöglichen, werden die Schuld daran tragen, wenn das deutsche Wirtschaftslieben mehr als notwendig unter die Kontrolle des ausländischen Kapitals gelangen sollte.

Die Umsatzsteuer

Auch hier Vergünstigungen für die Landwirtschaft

Der Reichstagsauschuss für Besitzsteuer... Abg. Hammer (Dn.) forderte Berücksichtigung des Mittelstandes und Befreiung der Landwirtschaft von der Umsatzsteuer.

Abg. Dr. Breitscheid (U. S. P.) weist die Angriffe Heydemanns und der 'Roten Fahne' auf die Unabhängigen zurück. Er habe seitdem als Berichterstatter gesprochen und nicht als Redner der Fraktion.

Abg. Bruha (Dn.) tritt für Abschaffung der Inkontinentensteuer ein. Abg. Harkke (S. P. D.): Die Umsatzsteuer soll das Gleichgewicht im Haushalt herstellen, sie würde dadurch der Geldentwertung und der Preissteigerung entgegenwirken.

Ein Antrag der Deutschnationalen, den im eigenen Betrieb erzeugten Verzehr der Landwirtschaft für die einzelnen Familienangehörigen — im Gegensatz zu den jetzigen Bestimmungen — umsatzsteuerfrei zu machen, wird von dem Abg. Goldmann (S. P. D.) scharf bekämpft.

Zum Schluss gab der Staatssekretär Dr. Japp auf die Anfrage Breitschheids im Namen der Regierung die Erklärung ab, daß bei den Besprechungen mit den Parteiführern von einer beschleunigten Berücksichtigung der Umsatzsteuer nicht die Rede gewesen ist.

Margarine billiger!

Berlin, 7. Dezember.

Der Margarineverband E. A. teilt mit: Die Margarineindustrie hat beschlossen, ihre Preise auf Grund des Vorschlages der Preiskommission des Margarineverbandes ab heute um 5 M. für das Pfund zu ermäßigen.

Diese Preisermäßigung zeigt, daß die jüngsten Steigerungen der Margarinepreise durch nichts gerechtfertigt waren, die wir wegen der wucherischen Preisgestaltung in diesem Artikel erhoben haben.

Der Dollar

Der Dollarkurs ist beständig erheblichen Schwankungen unterworfen. Während der amtliche Kurs am Dienstag 227,02 betrug, wurde er gestern mit 209,04 notiert.

Die Explosion in Saarwellingen

II. Saarbrücken, den 7. Dezember.

Von einem Augenzeugen wird über die Explosionskatastrophe in der Dynamitfabrik Alfred Nobel u. Co. in Saarwellingen nach folgendem berichtet: Nach der um 11 Uhr in der Nitro-Lagerhalle entstandenen Explosion, die von ungeheurer Gewalt war, entstand in den Fabrikhallen ein Brand, dem neben den Hauptgebäuden eine Reihe von Nebengebäuden zum Opfer fiel.

ersten Explosion durch schnelle Flucht aus dem zusammenbrechenden Hause retten. Nach kurzer Zeit trafen die Feuerwehrleute der Umgebung und Rettungsmannschaften ein, denen es gelang, des Feuers in den späten Nachmittagsstunden Herr zu werden und so weiteren Explosionen vorzubeugen.

Aus Saarlouis kamen bald nach Meldung des Unglücks Sanitätsautos herüber, die die Verwundeten in das Saarlouiser Lazarett brachten. Der Materialschaden ist so bedeutend, daß noch der Aussage eines Direktors der Fabrik mit dem Gedanken umgegangen wird, das Werk nicht mehr aufbauen zu lassen.

Der Klub der Harmlosen vor dem Reichsgericht

Sie waren ganz unbeteiligt

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Leipzig den 7. Dezember 1921.

Was die jüngsten Bürger der deutschen Republik kaum noch zu erleben hoffen durften, das ist jetzt doch Ereignis geworden. Vor dem Reichsgericht ist heute der Hochverratsprozeß gegen drei Kapp-Putschisten eröffnet worden: Traugott von Jagow, Konrad von Wangenheim und Dr. Schiele.

Die Vernehmung der drei Patrioten, die den heutigen Verhandlungstag ausfüllte, ergab, daß sie alle drei an dem Umsturz des 13. März 1920 ganz unschuldig sind. Jagow hat zwar schon im Juni des Vorjahres seine wertvolle Hilfe versprochen, sich zur Übernahme des preussischen Innenministeriums bereit erklärt, aber er versichert treuherzig, daß es sich dabei nur um ein völlig legales Vorgehen gehandelt habe.

Nicht minder der Landwirtschafter Wangenheim, der auch von dem gewalttätigen Umsturz nichts gewußt hat und natürlich auch geglaubt hat, daß ganz Deutschland die Kapp-Regierung freudig anerkenne. Vom Generalstreik schweigt er so wohl wie Jagow. Diese Rundgebung des Volkswillens hat beide anscheinend nicht aus ihren Träumen reißen können.

Desgleichen der Herr Dr. Schiele, der überhaupt kein Amt gehabt hat und niemals Wirtschaftsminister gewesen ist, wie man ihm fälschlich nachgesagt, sondern nur als Freund Kapps und Sympathisierender Zuhörer dabei war.

Morgen sollen Urkunden vorgelesen werden, die Zeugen sind noch nicht eingetroffen.

Aus dem Verhandlungsbericht geben wir noch folgende Einzelheiten wieder:

Der Präsident hält dem Angeklagten v. Jagow vor, daß er nicht ohne weiteres habe annehmen können, daß die gefasste Gewalt auf Kapp und Genossen übergegangen war. Es habe sich doch nur um eine Brigade gehandelt, die in einem kleinen Teile des Reiches die Gewalt an sich gerissen hatte.

Der Präsident betont, daß ein hochverräterisches Unternehmen sich auch in einer fortgesetzten Handlung betätigen könne. Der Angeklagte ist der Meinung, daß es seine Pflicht als preussischer Beamter war, durch Annahme des Amtes als Minister weiterzuarbeiten.

Der Präsident wirft hier ein, daß auch eine vorübergehende Verfassungsänderung eine Verfassungsänderung sein würde. Jagow schildert dann im einzelnen die Vorgänge der ersten Tage

zahlreiche Fensterscheiben durch den Luftdruck, den die Explosion im Gefolge hatte, eingedrückt worden. Zahlreiche Angehörige von Arbeitern umstießen die Unglücksstätte, um das Schicksal ihrer Ernährer besorgt. Der Ort der Explosion ist durch französisches Militär abgesperrt.

Bei der Fabrik der Firma Dynamit-Aktiengesellschaft vorm. Alfred Nobel u. Co. in Saarwellingen handelt es sich um eine Zweigfabrik der bekannten Dynamit-Aktiengesellschaft, die infolge Uebergangs der fiskalischen Kohlengruben an der Saar in französische Verwaltung an die Agence Franco-Sarroise d'Explosifs Nobel in Saarbrücken auf eine Reihe von Jahren verpachtet worden ist.

Aus Anlaß des Explosionsunglücks in Saarwellingen hat der preussische Ministerpräsident Braun im Namen der preussischen Staatsregierung an den Bürgermeister in Saarwellingen folgendes Telegramm gerichtet: Den beklagenswerten Opfern des jählichen Explosionsunglücks spreche ich die herzlichste Teilnahme der preussischen Staatsregierung aus.

Der Klub der Harmlosen vor dem Reichsgericht

und gibt an: In der Nacht zum 15. habe eine Besprechung stattgefunden, in der General Maerker, der aus Dresden gekommen war, sprach. Er selbst habe sich an der Besprechung nicht beteiligt, sondern ihr nur zugehört.

Auf Vorhalt gibt der Angeklagte von Jagow zu, daß er sich Herrn von Lüttwisch gegenüber bereit erklärt habe, auch unter ihm das Ministerium des Innern interimistisch zu leiten. Der Angeklagte ist überzeugt.

daß Lüttwisch die Seele des Unternehmens gewesen ist

und daß Kapp nur im letzten Augenblick in die Sache hineingezogen wurde. Am 17. März habe von Lüttwisch als militärischer Diktator Ernennungen vornehmen wollen. Am folgenden Tage sei er, Jagow, nach Potsdam gefahren und habe sich dort bis zum Sonnabend mittag aufgehalten, um sich nötigenfalls gerichtlich vernehmen zu lassen.

Auf eine Frage seines Verteidigers bemerkt der Angeklagte, er habe bei einer Besprechung mit Kapp im Juli 1919 nur an eine legale Umwandlung der Regierung gedacht. Ein Programm, die Verfassung gewalttätig zu ändern, sei nicht aufgestellt worden.

Hierauf wird der zweite Angeklagte, Freiherr v. Wangenheim, vernommen. Er war am 13. März nicht in Berlin und hat erst auf der Rückreise von Hannover von dem Ereignis gehört. Als er abends in Berlin angekommen sei, habe er einen Brief Kapps vorgefunden. Er sei daraufhin zu Kapp gegangen, und dieser habe ihn aufgefordert, das preussische Landwirtschaftsministerium zu übernehmen.

Mit politischen Dingen habe er sich nicht befaßt.

Einige Fragen seiner Verteidiger beantwortet der Angeklagte in einer Weise, die keine Auffassung von der völlig unpolitischen Art seiner Stellung beim Kapp-Unternehmen dokumentieren soll. Von dem Aufstuf des Ministers Schmidt zum Generalstreik habe er keine Kenntnis gehabt.

Der dritte Angeklagte, Dr. Schiele, bestreitet mit Entschiedenheit die gegen ihn erhobene Beschuldigung. Nicht gegen, sondern für die Verfassung habe er eintreten wollen. Die damaligen Zustände seien nicht verfassungsmäßig, sondern verfassungswidrig gewesen. Er selbst habe nicht zu den Führern des Unternehmens Kapp-Lüttwisch gehört.

Er habe lediglich Kapp seine Mitwirkung nicht verweigert.

Ueber das ihm zu übertragende Ministerium sei dabei nicht gesprochen worden. Nach Aenderung der politischen Machtverhältnisse habe er ihm keine Zulage ausgestellt. Er habe dabei angenommen, daß das weiter nichts bedeute, als was am 9. November 1918 so viele andere Beamte getan haben, nämlich das Fortbestehen der Staatsbetriebe zu ermöglichen.

Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet. Die Verhandlung wird um 3 Uhr nachmittags auf Donnerstag vormittag 9 Uhr verlagert.

Kapitalismus oder Sozialismus

Erster Reichskongress der Betriebsräte der Metallindustrie

2. Verhandlungstag

In der Vormittags-Sitzung referierte Otto Hue über **Kohle und Eisen**

Englands Erzkohlen sind knapp geworden, hingegen jene der Vereinigten Staaten unermesslich. In Europa gibt es heute kein Erzegebiet, wo Kohlen gleichzeitig vorkommen, und umgekehrt. Nur ein europäisches Land macht eine Ausnahme: Rußland. Wir haben in der Welt drei Länder, wo eine Produktion an Kohlen über den eigenen Bedarf zu verzeichnen ist: die Vereinigten Staaten, England und Deutschland. Andre Länder, wie Schweden, haben Erze in großer Menge, das sie infolge mangels an Kohlen nicht im Lande selbst verhütten können.

Der Krieg hat eine kolossale Ausföhrung der Stahl- und Eisenindustrie hervorgerufen. Nun kann der Markt diese Produktion nicht aufnehmen, weshalb die Weltkrise so hart wirksam geworden ist. Während des Krieges ist

ein ungeheurer Raubbau im Bergbau

getrieben worden. Die gesteigerte Produktion ist davon die Folge, nicht aber die gesteigerte Arbeitslast der Bergleute, wie die Unternehmer behaupten. Amerika beherrscht immer mehr Europa auch mit Kohlen. So werden in der Schweiz fast ausschließlich amerikanische Kohlen konsumiert. Dadurch ist in den europäischen Ländern eine große Arbeitslosigkeit der Bergleute verursacht. Die französischen Bergleute bitten die Deutschen, dafür zu sorgen, daß keine billigen Reparationskohlen mehr nach Frankreich kommen. Die französischen und englischen Arbeiter wünschen die schnellste Welterdung des Versailler Friedensvertrages, weil dies eine Lebensnotwendigkeit für sie ist.

Die Kohlenlage Deutschlands ist keine erste Klasse.

Es ist nicht so, als ob in Deutschland Kohlenmangel herrscht. Wir haben sowohl im Braunkohlenbergbau wie auch im Steinkohlenbergbau bereits Vorkommen. Nur der frühe Winter und das Sinken der Markt haben verhindert, daß die Vorkommen fortbewertet werden. In Deutschland ist die Kohlenproduktion im Jahre 1920 ganz wesentlich gesunken. Wir haben zu beklagen, daß die Kohlen nicht gemeinwirtschaftlich verteilt werden und daß die Arbeitervertreter in dem Kohlen- und Eisenwirtschaftsrat nicht hinreichenden Einfluß haben.

Welche Vorschläge machen nun die Industriellen? Aufhebung des Achtstundentages. Das ist das alte Rezept, das doppelt wahrhaftig ist, wenn Forderungen notwendig sind.

Was uns fehlt, ist die Umwandlung der privatkapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische Bedarfswirtschaft.

Über wie schwer ist es, diese Wahrheit in die Köpfe der Arbeiter einzubringen. Es ist nicht die Voraussetzung für eine solche Umwandlung der Kohlen- und Eisenindustrie gegeben. Wer Kohle und Eisen hat, hat den Staat an der Gurgel. Man möge die Industriekapitalisten im allgemeinen nicht überschätzen. An die Rassen der Industriekapitalisten knüpft sich keine epochale Erfindung.

Aufgabe der Betriebsräte ist es, die Beschäftigten zu weihen. Bei Kohle und Eisen realistischen die Beschäftigten die fehlenden Kohlen und Eisenpreise nicht. Es ist zu bedauern, daß auch Arbeiterkreise durch das Schlagwort Zwangswirtschaft hin beeinflusst werden und damit der Preisstreikerei, die durch die Zwangswirtschaft gehemmt war, Vorschub geleistet wird. Hue schloß unter lebhaftem Beifall mit einem Appell, die Einheitsfront herzustellen, wie die Kommunisten bereits in der Einheitsfront zu tun, um damit die Möglichkeit und die Gewißheit zu schaffen für den Sieg des Sozialismus.

Dr. Einstein referierte nunmehr über:

Kapitalkonzentration und Sozialisierungsfragen

Er führte zum Anfang aus: Die Kapitalisten suchen durch Kartelle die Konkurrenz auszuweichen. Damit hat die kapitalistische Wirtschaft ihre eigene Unsicherheit anerkannt. Die Entwicklung der Kartelle ist eine verschiedene. Hat bei Vereinbarungen über Preisbildungen, Produktionshöhen usw. getroffen. Aber Preisbildung und Unternehmenswillkür liegen sich nicht binden durch die Konkurrenz. Zu Beginn des vorigen Jahrzehnts bildete sich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet das System heraus, durch Verbindung von Kohle und Eisen die Konkurrenz unterzulegen. Das Ergebnis war, daß der Charakter des Kohlenhandels sich veränderte. Das Kohlenprodukt gab den gemischten Werken einen Vorkurs an den neuen Werken.

Dieser Entwicklung gegenüber sind die Kartelle machtlos. Zwar sind die Kartelle der Stahl nach noch im Aufstieg begriffen, aber ihr Einfluß wird geringer. Neuerdings sind verschiedene Kartelle gebildet worden. Die Kartelle sind die horizontale Zusammenfassung der Industrie. Ihre höchste Entwicklung ist in Amerika bei den Trusts zu verzeichnen, die eine Art Monopolstellung bedeuten. Aber die vertikale Konzentration konnte auch der Trust nicht hemmen. Der Trust befaßt sich bereits mit der Verwertung der Nebenprodukte. Der Gipfel der vertikalen Konzentration ist aber die Vereinigung in einer Hand, von den Rohstoffen an bis zum letzten Fertigfabrikat aus diesen Rohstoffen. Dieses hat zur Folge, daß sich in der Hand des Unternehmers eine gewaltige Macht konzentriert.

Die hohen Löhne haben bei der Ausbreitung der Konzerne keine Rolle gespielt. Die Lohnpolitik Deutschlands hemmt die industrielle Entwicklung, weil die Unternehmer nicht gezwungen sind, die höheren Löhne durch bessere technische Anlagen auszugleichen. Auch die Geldverhältnisse Deutschlands haben den industriellen Fortschritt gehemmt, aber die Konzerne gefördert. Die Politik der Banken führte dahin, daß neue Normen geschaffen wurden, die einen Ausgleich des Kapitalbedürfnisses innerhalb der Konzerne herbeiführten. Von weit größerer Bedeutung aber ist der weitere Grund für die Konzentration der Industrie, ist die Steuerpolitik.

Alles für den Unternehmer, nichts für den Staat.

Bei Stinnes hat man oft den Eindruck, daß er im Mehrwert erpicht und zu Unternehmungen veranlaßt wird, die planlos sind. Er ist nicht nur Herrscher im Montan Konzern, sondern auch im Elektromontan Konzern, und er hat obendrein den Versuch gemacht, sich den Transport zu sichern, sowohl die Hochseefahrt, als auch die Binnenwasserfahrt. Er braucht auch Gubenholz und deshalb Wälder, und Holz benötigt er auch für seine Verbundholzfabrik der Arbeiter, für seine Zeltungen. In der Sigismund hat er sich die Alpen Montanwerke gesichert. Auch die „Königliche“ Österreichische Salata wird daraus eine weitere Stärkung des Stinnes Konzerns mit sich bringen. In zahlreichen Beispielen zeigte der Redner, wie weit bereits der Stinnes Konzern Erwerbungen vorgenommen hat. Es handelt sich nicht durchwegs um organische Verbindungen, sondern um das Bedürfnis, die „eripierten“ Steuern unterzubringen.

Organischer als der Stinnes Konzern ist der AEG-Konzern aufgebaut.

Es ist Aufgabe der Betriebsräte, all diese Vorgänge scharf zu beobachten. Je mehr die Konzentration des Kapitals anwächst, um so mehr müssen sich die Arbeiter zusammenschließen. Und je stärker sich die Kapitalkonzentration auswirkt, um so weniger ist es möglich, an eine Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Unternehmern zu glauben.

Der Einfluß der Unternehmer auf die Politik wird immer stärker, aber auch die Versuche, sich vom Staat zurückzuziehen und Politik auf eigene Faust zu machen. Die Eisenbahnen wollen die Kapital-

isten in ihre Hände bringen, weil diese den Schlüssel in der vertikalen Konzentration bilden.

Der Konzentration der Unternehmungen muß das Betriebsrätegesetz angepaßt werden. Der Einzelbetrieb ist heute nur noch ein Glied im Produktionsprozess. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß die Betriebsräte der ganzen Konzernunternehmungen zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen werden können. Bald muß der § 50 des Betriebsrätegesetzes geändert werden.

Die Konzernbildung erleichtert Produktionstechnisch die Sozialisierung der Wirtschaft. Es kommt darauf an, daß die Arbeiterschaft immer mehr Verständnis gewinnt von den Produktionsvorgängen und dem Zusammenhange des Einzelunternehmens mit der gesamten Volkswirtschaft. Die Sabotage des Betriebsrätegesetzes durch die Unternehmer muß weitgemacht werden durch die Energie der organisierten Arbeiterschaft. (Lebhafter Beifall.)

In der Nachmittags-Sitzung erörterte die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht. Erhielten sind 621 Teilnehmer, darunter eine Anzahl auswärtiger Gäste von Bruderorganisationen, außerdem Vertreter deutscher gewerkschaftlicher Verbände und der Reichsregierung, der sächsischen und der thüringischen Regierung.

Sodann wurde in die Diskussion über die beiden am Vormittag gehaltenen Referate eingetreten. Die einzelnen Diskussionsredner knüpften meist an die 10 Forderungen des A. D. G. B. an und verlangten deren Durchführung, doch kam auch zum Ausdruck, daß dazu die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft Vorbedingung ist. Genosse Dismann forderte vom Kongress, daß er sich auf den Boden der Beschlüsse der Antwerpener Internationalen und der internationalen Konferenzen der Metallarbeiter, Transportarbeiter und Bergarbeiter stelle. Dismann wendet sich auch gegen eine von den Kommunisten eingebrachte Resolution.

In seinem Schlusswort tritt Dr. Einstein der Meinung eines Diskussionsredners, die Betriebsräte hätten keinerlei Rechte, entgegen. Das Betriebsrätegesetz ist so schlecht, wie es die Betriebsräte anzuwenden wissen, und es ist eben so gut. Die Arbeit der Betriebsräte mit den Anstellten und Beamten wird um so leichter vorantreiben, je mehr sich die Betriebsräte auf das rein wirtschaftliche beschränken. Inwiefern der Konzentration des Kapitals können wir verschiedene Schattierungen von Arbeiterschichten nicht mehr brauchen. Zur besseren Verständigung über alle Fragen regt er eine eigene Zusammenarbeit der Betriebsräte mit der Stuttgarter Zentrale an.

Nach Beendigung der Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Resolutionen

Die kapitalistische Wirtschaft hat sich in letzter Zeit durch durchgreifende Amorganisation wesentlich verändert. Der Arbeiterschaft steht in einem großen Teil der Industrie nicht mehr der isolierte Unternehmer gegenüber. Die nur zu vereinbarende, nicht aber geeignete Form des Kartells hat großen Konzernern Platz gemacht, die durch Zusammenfassung der Produktion von den Rohstoffen bis zu den Fertigfabrikaten sich zu riesenhaften Machtgebilden entwickelt haben. Diese Unternehmungsformen stehen heute die Arbeiterschaft gegenüber. — Sie müssen ins Auge gefaßt und an ihnen muß die Vertretung der Arbeiterschaft in den Betrieben gemessen werden.

Es ist Pflicht und Willen der gesamten Arbeiterschaft und ihrer betriebl. Vertreter in den Betrieben, sich in die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu vertiefen und in die gesamten Produktionsvorgänge der Unternehmungen einzuleben. Die durch den Artikel 165 der Verfassung den Arbeitern garantierte Gleichberechtigung in der Führung der Wirtschaft steht im Widerspruch zum § 50 des Betriebsrätegesetzes, da auf Grund dieses Paragraphen nur die örtliche Bildung von Betriebsrätevertretungen gestattet ist. Deshalb fordern die auf dem Reichsbetriebsräte Kongress der Metallindustrie versammelten Betriebsräte mit allem Nachdruck eine Wenderung des Gesetzes, vor allem des § 50, weil er in seiner Weise der neuen Wirtschaftslage Rechnung trägt.

Ebenso einstimmig erfolgte die Annahme der weiteren Resolution:

I.

Der 1. Reichsbetriebsräte-Kongress für die Metallindustrie stimmt den Beschlüssen der internationalen Metallarbeiter-Kongresse von Kopenhagen (1920) und Luzern (1921) sowie den damit übereinstimmenden Kundgebungen der Antwerpener internationalen Konferenz der Metallarbeiter, Transportarbeiter und Bergarbeiter-Verbände vom 15. und 16. November dieses Jahres rückhaltlos zu. Willst der deutschen wie der internationalen Arbeiterklasse ist es, alle Kräfte einzusetzen, um Kräfte in Zukunft unmöglich zu machen.

II.

Die deutschen Metallarbeiter werden mit allem Nachdruck darauf dringen, daß die Umstellung früherer Kriegsindustrie zur Produktion nützlicher und gesellschaftlich notwendiger Gegenstände restlos erfolgt. Der Kongress fühlt sich einig mit den Betriebsräten der Deutschen Werke wie anderer Betriebe, die eine solche Aufgabe wahrnehmen, daß die Friedensbedingungen strikte befolgt werden, die verlangen, keinerlei Gegenstände zu produzieren, die für den Kriegsbedarf in Frage kommen.

III.

Der Kongress muß jedoch aufs entschiedenste protestieren gegen Forderungen der Internationalen Kontrollkommission, die nicht die Verhinderung einer Anfertigung weiterer Kriegsmaterials erzielen, sondern folgenschwere unberechtigte Eingriffe in die Friedensproduktion der deutschen Wirtschaft darstellen, und gleichzeitig in ihren Wirkungen die deutschen Arbeiter ernstlich schädigen.

Dies betrifft insbesondere:

- a) Das Verbot des Baues schnellaufender Dieselmotoren, die der Friedensindustrie dienen sollen;
- b) die Forderung weiterer Zerschöpfung von Maschinen, Einrichtungen und Gebäuden der Deutschen Werke, die für die Erzeugung von Friedenswaren in Betracht kommen.

Das Interesse der Arbeiter erfordert dringend, daß diese unberechtigten Verbote und Forderungen aufgehoben werden.

Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die sich mit der Lebensmittelnot und der Wohnungsnot beschäftigt. Eine von kommunistischer Seite eingebrachte Resolution wurde als erledigt betrachtet.

Die Grenzregulierung in Oberschlesien. Die Kommission zur Regelung der deutsch-polnischen Grenzen hat, dem dringenden Wirtschaftsbedürfnis der Kreise Ratibor und Gleiwitz Rechnung tragend, die vorläufige Grenzlinie so gezogen, daß die Kleinbahn Ratibor-Rauden-Gleiwitz in ihrem ganzen Verlaufe auf deutschem Gebiete bleibt.

Einberufung des Staatsrats. Die Mitglieder des Staatsrats sind vom Präsidenten Dr. Brüning auf Dienstag, den 12. Dezember und die folgenden Tage zu Sitzungen eingeladen worden. Am 12. Dezember, vormittags 10 Uhr, tritt der Reichsrat zusammen, danach finden die Verhandlungen und Ausschüsseungen statt. Vermutlich werden die Verhandlungen des Staatsrats bis Ende der nächsten Woche dauern. Der Verfassungsausschuß wird sich bei dieser Gelegenheit mit den aufgeworfenen Fragen über die Zuständigkeit des Staatsrats beschäftigen.

Devisengesetz und Arbeitsnachweis

Beratungen im Reichswirtschaftsrat

Der Präsident teilt mit, daß u. a. der Arbeitnehmervertreter der Sechsigerei Paul Müller-Hamburg (an seiner Stelle ist eingetretener Kühler-Hamburg), der Arbeitnehmervertreter des Kohlenbergbaues Hue und der Vertreter der Bergbauwirtschaft Dr. Harimann-Leipzig ihre Mandate niedergelegt haben. — Erster Gegenstand der Beratung ist der Entwurf eines Gesetzes über den

Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln.

Berichteratter Bernhart: Die Reparationslasten haben zwar den Kurs der Mark veranlaßt, verschlimmert hat ihn aber die Kapital- und Steuerflucht. Die Einbringung des vorliegenden Gesetzes hat denn auch den Markkurs sofort befestigt.

Die unzulässige Devisenspekulation hat zu diesen Zusammenbrüchen geführt, wie dem Reichlichen Kreditbank. Die Regierungsvorlage gab jedem die Möglichkeit, an der Börse zu spekulieren, der in das Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen ist. Der Ausschuss beantragte, dieses nützliche und sehr leicht erhaltliche Privileg in § 1 zu streichen; dagegen will er einen neuen Absatz anfügen, wonach den eingetragenen Firmen unter gewissen Umständen die Möglichkeit gegeben wird, das Recht verließen werden kann, unter Umgehung des Bankens Devisen zu handeln. In einer Entschließung werden vom Ausschuss von der Regierung Vorschläge zur Aufrechterhaltung der nationalen Währung verlangt.

Dr. Reichardt (Reichswirtschaftsminister): Die Regierung hat schon den Entwurf dahin abgeändert, daß nur diejenigen zum Devisenhandel zugelassen werden sollen, die eine Beschäftigung der Handelskammer darüber beibringen, daß ihr Geschäftsbetrieb regelmäßig Geschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln mit sich bringt.

Überbürgermeister Rünzer und Dr. Erüger (Vert. der Deutschen Genossenschaftsbank) glauben nicht, daß mit diesem Gesetz die großen Spekulanten zu fassen sind. Das Haus nimmt die Abänderungsanträge an mit Ausnahme der von Rünzer beantragten Einbeziehung der Sparkassen.

Es folgt die Beratung des Entwurfs eines Arbeitsnachweisgesetzes.

Hierzu liegen bereits 15 Abänderungsanträge vor. Berichterst. Fabrikbesitzer Ephraim: Die Tendenz des Entwurfs ist die möglichste Vereinfachung der ganzen Arbeitsvermittlung und damit zugleich die Schaffung einer Monopolstellung des öffentlichen Arbeitsnachweises. Arbeitgeber und Arbeitnehmer verlangen weitgehende Selbstverwaltung. Daher schlägt der Sozialpolitische Ausschuss eine Reihe Abänderungen vor, die ein Kompromiß zwischen Bürokratie und Selbstverwaltung darstellen. Große Gegensätze kamen im Ausschuss zur Sprache bei der Frage, ob auch Angehörige unter das Gesetz fallen sollen. Die Arbeitgeber waren dagegen, ihre Anträge wurden aber abgelehnt. Ein Zwang zur Arbeitsannahme oder zur Einstellung ist ausgeschlossen. Der Vermittler hat sich auch der Einwirkung auf die Lohnhöhe zu enthalten. Streiks und Aussperrungen sind dem Nachweis anzugehen. Nachweise wirtschaftlicher Vereinigungen sollen innerhalb zwei Jahren auf den allgemeinen Nachweis übergehen. Mit dem 31. Dezember 1925 hören

Die gewerkschaftlichen Stellenvermittlungen

auf. Zeitungsanzeigen gelten nicht als gewerkschaftliche Stellenvermittlung. Ein direkter Benutzungszwang ist im Gesetz nicht vorgesehen. Die Kosten sollen zu einem Drittel von Gemeinden, Ländern und Reich getragen werden, zwei Drittel von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Der Ausschuss lehnte in der Gesamtabstimmung den Entwurf mit 11 gegen 10 Stimmen ab. Die Arbeitgeber lehnen den Entwurf nicht grundsätzlich ab, verlangen aber Berücksichtigung ihrer Wünsche bei der Einbeziehung der Angestellten usw.

Korreferent Riedel (Transportarbeiter): Der Sozialpolitische Ausschuss hat dem Entwurf zugestimmt; stützig wurde er nur bei den Kosten für die Landesämter, die auf 200 Millionen Mark berechnet wurden. Trotzdem konnte man auf diese nicht verzichten. Die Frage, ob die Arbeitsnachweise als öffentliche Behörden oder als Teile der Gemeindeverwaltung anzusehen seien, wurde dahin entschieden, daß ihnen der behördliche Charakter zu geben sei. Den Neben- und Benutzungszwang haben die Arbeitgeber leider abgelehnt. Verbesserungsanträge, so derjenige, nach dem Arbeitsgesuche und Arbeitsangebote, die als Inserate in Zeitungen oder in Zeitschriften veröffentlicht werden, mit einem Sichtvermerk des zuständigen Arbeitsnachweises versehen sein müssen und Chiffre-Inserate verboten sein sollen, sind im Ausschuss leider abgelehnt worden. Ein derartig lächerliches Gesetz ist von zweifelhaftem Wert. Es soll ein einheitliches Arbeitsvermittlungsgesetz geschaffen werden, Abweichungen von rechts oder links dürfen nicht möglich sein.

Darauf wird die allgemeine Aussprache abgedröckelt.

Abend-Sitzung des Landtags

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Um 7.15 Uhr wurde die Abend-Sitzung fortgesetzt. 12 Redner zum landwirtschaftlichen Etat befassten sich einer erkrankten Kürze, so daß bereits kurz nach 9 Uhr dieser Punkt erledigt war.

Als erster Redner sprach der Vertreter des Landarbeitersverbandes, Abg. Wende (S. P. D.). Er wendet sich gegen den Kartellwucher und verlangt eine Reform des Landarbeitersrechts. Der deutsch-nationale Abgeordnete Christians wendet sich gegen eine Festsetzung unseres Genossen Klausner über die Milchherzeugung. Seine Ausführungen werden von anderer Seite mit dem Zwischenruf beantwortet, daß nur deutsch-nationale Rube eine geringere Milchergiebigkeit aufzuweisen haben. Der Redner des Zentrums, Abg. Schmidt, stellt die Behauptung auf, daß die Landwirte in bezug auf die Volksernährung ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben, eine Ansicht, der die Zentrumsarbeiter sicher nicht beipflichten werden. Abg. Weise von der Deutschen Volkspartei entwickelt eine farbenprächtige Schilderung der Landarbeitersverhältnisse in Bayern, namentlich der hohen Löhne, wobei er in seiner Ranzität später selbst gesteht, daß er von Familienlöhnen gesprochen habe. Dieser Koalitionsgenosse fällt den Landarbeitersvertretern der S. P. D. scharf auf die Nerven. Unter Genosse Jürgensen polemisiert sehr glücklicherweise der bürgerliche Agrarpolitiker. Er tritt für verbesserte Landbedingungsarbeiten und Moor Kultivierung ein. In bezug auf die Sozialisierung des Großgrundbesitzes schlägt er die Probe aufs Exempel vor. Genosse Jürgensen wandte sich scharf gegen die unehrliche Gewaltmethode der Agrarier gegenüber den Landarbeitern. Eine Hebung der landwirtschaftlichen Produktion sei nur möglich, wenn den Landarbeitern endlich ihr Recht werde. Dem deutsch-nationalen Redner, der seine Rede mit den Worten: „Einigkeit und Recht und Freiheit für das Vaterland“ abgeschlossen hatte, letzte unser Genosse den Satz entgegen, daß mit der Gewährung von Recht und Freiheit an die Landarbeiter der Einigkeit des Volkes am besten gedient wäre.

Hierauf tritt das Haus in die zweite Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung ein. Nachdem der Berichterstatter, Abg. Lindberg, die Annahme der Ausschüsse anträge bestätigt hatte, hält der neue Handelsminister Siering seine Jungfernworte als Minister. Er verdrückt vollständige Prüfung und Ermägung aller gegebenen Anregungen und der geäußerten Wünsche in bezug auf Bergarbeiterrecht. Danach verläßt sich das Haus um 10 Uhr.

Eine Zuschrift Rathenaus an die „Times“. Die „Times“ veröffentlicht folgende Zuschrift Dr. Rathenaus an den Herausgeber des Blattes: „Ich finde in mehreren Sonntagsblättern Auszüge, die sich ihrem Inhalt nach als Unterredungen mit mir geben. Ich würde dankbar sein, wenn Sie bekanntgeben wollten, daß ich seit meiner Ankunft in London nie einem Zeitungs-korrespondenten eine Unterredung gewährt habe.“ gez. Rathenaus.

Die Wohnungsnot in Groß-Berlin

Bergebliche Arbeit der Beschwerdekommmissionen bei den Wohnungsämtern

Von einem Mitglied der Beschwerdekommmission wird uns geschrieben: Neben der Arbeitslosigkeit und den sonstigen wirtschaftlichen Verhältnissen quält uns Proletariats vor allem die Wohnungsnot. Im ersten Falle ist als Novembererrungenschaft die Erwerbslosenfürsorge geschaffen worden, die, wenn auch verbesserungsbedürftig, immerhin hilft. Dagegen steht es in der Abhilfe der Wohnungsnot böse aus. Wir haben eine Menge von Verordnungen über Wohnungsbeschlägen, Wohnungsstellen, Zwangseinquartierungen usw. hoch Durchgreifendes ist nicht geschehen, um den vorhandenen Wohnraum so zu erfassen und zu verteilen, wie es not tut.

Die Wohnungsämter haben viel Arbeit; Berge von Akten werden angehäuft; die Wohnungsjugendlichen drängeln, schimpfen und verkommen im Elend. — Die Herrschaften in den Villen, in den Alts-, Zehn- und Zwölfsimmerwohnungen bleiben bei der größten Gemütsruhe und sehen sich als richtige moderne Kulturmenschen das Elend der Massen von oben herab an. Dank der halben Revolution können sie sich's leisten.

Die Wohnungsdeputationen haben als Unterabteilung der Beschwerdekommmissionen aus Vertretern der Bürgerschaft eingeleitet, die alle Beschwerden der Wohnungsuchenden prüfen und möglichst helfen sollen. — Da man auch hier nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen arbeiten kann, so dürfen die Wohnungsuchenden nichts Durchgreifendes erwarten; von der neuen bürgerlichen Mehrheit im Stadiparlament aber haben die Proleten noch weniger an Hilfe zu erwarten.

Welches Elend kann man in diesen Kommissionen kennenlernen, von der Mühe und dem Zeitverlust solcher ehrenamtlichen Tätigkeit für einen Proletarier ganz zu schweigen!

Fünf, acht, elf Personen wohnen in Stube und Küche; drei Familien in Stube und Küche; Vater, Mutter und drei Kinder, teils schulpflichtig, teils halbwüchsig, in einem Räume. Dazu ein verheirateter Sohn mit Frau und Kind und eine verheiratete Tochter mit Mann und Kind von sechs Wochen. — Jungenfranke wohnen zusammen mit drei und mehr Familienangehörigen in einem Raum. Doch auch entgegengesetzte Fälle kann man beobachten. Wohnungen von acht, zehn, zwölf und mehr Zimmern bewohnen fünf, sechs, acht Personen einschließlich der Hausangestellten.

Der Wohnungsuchende, der verzweifelt durch die Straßen irrt, weil er die hohe Miete für eine möblierte Wohnung nicht bezahlen kann; der Bauarbeiter, der tagsüber am Bau einer hochherrschastlichen Fünfzimmervilla schafft und des Abends müde nach Hause geht, in seine enge Stube und Küche, um dort mit zwei und drei Familienangehörigen in einem Bett zu schlafen, weil es einfach nicht möglich ist, mehr Betten in den kleinen Räumen aufzustellen —, sie fühlen das Elend und laden alle ihren Zorn auf das Wohnungsamt. Sie können nicht wissen, daß die ganzen Beschlägenbestimmungen der großen Wohnungen praktisch wirkungslos sind. — In A. B. eine Zehnzimmerwohnung vorhanden, da berechnet man für den Hausbesitzer ein Arbeitszimmer, für den Sohn ein Studierzimmer, die Hausangestellten werden einzeln mitgezählt (in Wirklichkeit wohnen oft drei in einer kleinen Mädchenkammer). Dann werden noch Verwandte mitgemeldet, die in Wirklichkeit schon längst wo anders wohnen. Kommt aber doch ein Schwindel ans Tageslicht, dann ist die Strafe so lächerlich gering, daß sie gar nicht ins Gewicht fällt. Wird aber wirklich einmal eine große Wohnung geteilt, dann ist der Mietpreis für die Räume so hoch, daß ihn ein Arbeiter nicht zahlen kann.

Nach andere Folgeerscheinungen lassen die Tätigkeit der Beschwerdekommmissionen einfach scheitern. Es gibt Leute, die drei bis vier kleine Wohnungen haben; sie werden möbliert vermietet, der Verdienst daran ist natürlich sehr hoch. Die gesetzlichen Bestimmungen sind so gestaltet, daß dagegen nichts unternommen werden kann. Die Beschwerdekommmissionen stehen diesen Zuständen machtlos gegenüber; der einzige Weg ist, die Desknlichkeit aufmerksam zu machen und auf die Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen hinzuwirken.

Die Schuld am Wohnungselend wie an der allgemeinen Verelendung trägt der Krieg mit seiner Aufhebung der Bautätigkeit. Reich, Staat und Gemeinden sind dank der herrschastlichen Kriegsfianzpolitik grenzenlos verschuldet. So bleibt also außer einer unzulänglichen Abänderung der Bestimmungen zur Erlassung des vorhandenen Wohnraums nur übrig, mit allem Nachdruck in den Gemeinden mit finanzieller Hilfe des Reichs die Wiederbelebung der Bautätigkeit zu fördern. Sie kann aber bei der Finanznot mit der möglichst restlosen Ausnutzung der Mittel nur dann Ersprießliches leisten, wenn sie nach ge-

meinwirtschaftlichen Grundsätzen unter Ausschaltung jeglicher privater Profitwirtschaft erfolgt. Die Berliner Arbeiterchaft hat in dem Bauprogramm der U. S. P., das gemeinsam mit den Gewerkschaften ausgearbeitet und gemeinsam von den drei Arbeiterpartei als Antrag im Stadiparlament eingebracht wurde, ihre Forderungen aufgestellt. Drängen wir endlich auf ihre Erfüllung!

Ein Ultimatum der Obdachlosen

Ein unmögliches Vorgehen

Wolffs Telegraphenbureau verbreitet folgende Meldung: Der Magistrat beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der vorgelegten Kundgebung von Obdachlosen, die durch eine Abordnung zunächst auf dem Wohlfahrtsamte dem Vertreter des krankheitshalber beurlaubten Vorsitzenden der Wohlfahrtsdeputation und Johann beim Oberbürgermeister neben verschiedenen

Die Wahl der Delegierten zum Parteitag

findet

am kommenden Sonnabend von 5 bis 9 Uhr abends und Sonntag von 10 bis 1 Uhr vormittags

in den Zahlabteilungen statt. Alle Parteigenossen und -genossinnen müssen sich an der Urwahl beteiligen. Die Wahlvorschriften sind im „Mitteilungsblatt“ veröffentlicht.

Die Distriktsleiter müssen Abstimmungsergebnis und Material bis spätestens Dienstag früh dem Parteibureau zuwenden. Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D.

Wünschen und Beschwerden das Verlangen nach einer schriftlichen Erklärung gestellt hatten, daß jeder Obdachlose bis 3 Uhr nachmittags 100 Mark erhalten werde, widrigenfalls sie die Verantwortung für das weitere, das folgen werde, ablehnen müßten. Die Erklärung des Oberbürgermeisters, daß er nicht berechtigt sei, eine solche Zahlung anzuordnen, die Forderungen aber dem Magistrat vorzutragen werde, wurde seitens der Abordnung mit dem Hinweis beantwortet, daß sie sich selbst mit Gewalt, was sie brauchten, beschaffen, und daß die Obdachlosen sofort Wanderungen in der Stadt ausführen würden, welche Ankündigung dann auch ausgeführt wurde. Der Magistrat sah sich in seiner heutigen Beratung der Angelegenheit nicht in der Lage, dem Verlangen nach Zahlung von 100 M. an jeden Obdachlosen stattzugeben. Dagegen wurde der Ausschuss für das Obdachlose mit der Prüfung der Beschwerden (namentlich schlechtes Essen, mangelhafte Heizung, ungenügende Decken) und sofortige Abhilfe, soweit diese möglich ist, beauftragt. Selbstverständlich war schon vorher der Oberinspektor des städtischen Obdachlosens von den Beschwerden der Obdachlosen in Kenntnis gesetzt worden, damit er nach Möglichkeit sofort etwaige Mißstände abzuhelfen in der Lage sei.

Bei aller Anerkennung der Notlage der Obdachlosen muß doch festgehalten werden, daß solche Aktionen nicht im Interesse der Obdachlosen selbst liegen. Gerade diese Form der Vertretung von Forderungen wird nur zum Widerstand gegen das berechnete Verlangen nach Hilfe vergrößern.

Freie Lehrstellen

Wie uns das Berufsamt der Stadt Berlin mitteilt, sind zur Zeit dort zahlreiche Lehrstellen in den verschiedenen Berufen gemeldet, die sofort besetzt werden können. Es handelt sich dabei um rund 650 Lehrstellen für Knaben, und zwar über 300 in den verschiedenen Berufen der Metallarbeit, 30 in einzelnen Zweigen des Baugewerbes und

etwa 200 in kaufmännischen Betrieben. Außer diesen Berliner Stellen sind noch 40 auswärtige Lehrstellen vorgemerkt, in denen Kost und Wohnung beim Lehrherrn gewährt wird. Für Mädchen sind etwa 150 Stellen frei, davon ungefähr die Hälfte in kaufmännischen Berufen, die übrigen in verschiedenen gewerblichen Betrieben außer Maßschneiderei.

Eltern, deren schulentlassene Söhne oder Töchter eine Lehrstelle noch nicht gefunden haben, erhalten in den Bezirken mit Berufsberatungskommission für die übrigen Bezirke im Berufsamt der Stadt Berlin N. 24, Oranienburger Straße 54 (Sprechstunden werktäglich außer Sonnabends von 9—11) kostenlos Rat und Auskunft sowie Nachweis einer Lehrstelle.

Kommunalpolitik in Gesprächen

Wie Herr B. Hüttgen, Mitglied der Deutschen Volkspartei und des Stadiparlaments, mittelt, bildet gegenwärtig in „städtischen Kreisen“ den „Hauptgegenstand des Gesprächs“, daß die Verhandlungskommission des Magistrats im Reichsarbeitsministerium in der Beilegung des Angestelltenstreiks zu weit gegangen sei und den gesamten Magistrat festgelegt habe. In der Beamtenchaft sei die Erregung über die von den Angestellten erreichten Zugeständnisse ungeheuer. Dabei erfährt man von dem distriktalen Parteimitglied folgendes aus der geheimen Magistratsitzung:

„Der Magistrat ist übrigens, wie wir mitteilen können, zu seinem zustimmenden Beschluß zu den über die Instruktionen hinausgehenden Zugeständnissen seiner drei Unterhändler nur mit einer Stimme Mehrheit gekommen, woraus man den Schluß ziehen kann, daß auch mehrere sozialistische Magistratsmitglieder gegen diese Art des Verhandels mit Streikenden aufgetreten sind.“

Die Veröffentlichung des Herrn Hüttgen zeigt, daß die Vertraulichkeit einer Magistratsitzung für die Bürgerlichen nur dann besteht, wenn sie ihnen paßt; die Bürgerlichen tragen aber die Ereignisse einer geheimen Magistratsitzung unbedenklich in die breiteste Öffentlichkeit, wenn sie damit politische Geschäfte machen können. Für die U. S. P. ist mit der vorstehend wiedergegebenen Indiskretion keinerlei Nachteil verbunden; wir geben den Vorfall nur zur Illustration der doppelten Moral des Bürgertums wieder.

Den Stadiparlamenten ist über die Mehrausgabe für die Erhöhung der Angestelltengehälter eine Nachtragsvorlage zugegangen, die ebenfalls am Donnerstag zur Verhandlung kommen soll.

Eine Stunde vor der Plenarsitzung findet die Fraktions-sitzung der U. S. P. D. statt. Zu dieser wie zur Plenarsitzung ist die Anwesenheit der gesamten Fraktion unbedingt erforderlich!

Werden Arbeitermorde bestraft?

Wegen gemeinschaftlichen Mordes und rechtswidrigem Waffengebrauchs sind der Dreher (Gefreite) Walter Ritter vom Reichswehrleibregiment 18 und der Bergmann (Unteroffizier) Hugo Wendler angeklagt.

Die Anklage behauptet, daß am 12. März 1919, während der Bekämpfung der „Spartakisten“ in Lichtenberg, der Arbeiter Johann Biontel von Reichswehrleibregiment 18 erschossen worden sei. Die Ursache der „Verhaftung“ des B. soll darin bestanden haben, daß B. einem Reichswehrleibregiment verweigert hatte, ihm Feuer zu geben und gekniet haben soll. Die Kostehunde mühen alle an die Wand gestellt werden. Wie die Anklage unter Berufung auf das Zeugnis zweier anderer Reichswehrleibregimenten weiter behauptet, soll der Angeklagte Ritter, der als roh und blutdürstig geschildert wird, den Biontel in der Kormannstraße an einen Baum gestellt haben und auf ihn, obwohl er unter Hinweis auf seine Frau und Kinder um sein Leben bat, vier Schüsse abgegeben haben, die B. schwer verwundeten. Wie weiter behauptet wird, soll in diesem Augenblick Wendler hinzugekommen sein und dem Ritter den Karabiner entzogen haben. Wie Wendler behauptet, habe er geglaubt, daß es sich um die Vollstreckung eines vom Standgericht verhängten Todesurteils handele, und, um die Leiden des schon mit geschwundenen Augen daliegenden Biontel abzukürzen, habe er den B. von hinten in den Kopf geschossen, so daß die Kugel vorn zur Stirn wieder herausflog.

Ritter hatte bald nach der Tat ein Geständnis abgelegt, welches er jedoch später widerrufen und die Schuld auf Wendler zu schieben versucht. Wie werden über den Prozeß, der am kommenden Sonnabend beginnt, berichten.

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Herx
Copyright 1921 by Gröschlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(28. Fortsetzung.)

Sie war ganz blaß geworden. Réal bereute es, sie so weit getrieben zu haben, und Frau Barandère bemühte sich, den Eindruck des Gesprächs zu mildern. Sofort schämte sich Yvonne ihrer Heftigkeit.

„Das alles hat meinen Kummer neu belebt,“ entschuldigte sie sich. „Sie sind mir hoffentlich nicht ernstlich böse?“

„Ja Ihnen böse?“

Die Veröhnung war aufrichtig, und als sich das junge Mädchen kurz darauf verabschiedete, war von der kleinen Verstimmung nichts mehr übrig.

Sobald die beiden Geschwister allein waren, hielt sich Réal nicht länger:

„Diese Kleine ist ein köstliches Geschöpf. Und ein Charakter! Du hast ja mit angesehen, wie sie plötzlich Feuer fing.“

Frau Barandère wetteiferte mit ihm im Lob der jungen Freundin, dann fragte sie:

„Und was ist mit dir, Jacques?“

„Nun schüttelte er der Schwester sein Herz aus. Er habe in der Tat zu klagen. Er leide unter einem wachsenden Uebelwollen. Seine Freunde hätten sich geändert. Die Redaktionen legten keinen Wert auf seine Mitarbeit. Und doch habe er sich niemals so im Vollbesitz seines Könnens gefühlt. Zu Hause bei seiner Frau finde er keine Stütze, im Gegenteil.“

„Höre,“ schlug Julie vor, „ich verreise in einigen Tagen nach Bussens, um in der guten Landluft meine Grippe loszuwerden. Komm doch für eine Woche mit mir. Wir wollen unser altes Vaterhaus mit all seinen Erinnerungen wiedersehen. Und du wirst dich erholen. Abgemacht?“

„Abgemacht“, sagte er zu.

20.

Die Seelenstimmung

Vier Tage später schrieb Frau Barandère ihrem Bruder aus Bussens: „Nun, wie steht's mit deinem Versprechen? Die erste Junihälfte ist hier entzückend. Die Pfingstrosen

blühen. Die Iris im Küchengarten sind herrlich. Es gibt Kirchen in Mengen. Wann kommt ihr, du und Melanie?“

Frau Réal war aber in ein Netz von Einladungen verstrickt und wollte ihren Mann nicht begleiten. Er fuhr also allein.

Freudig begrüßte er den wohlbekanntem Bahnhof, die Landstraße, das Dorf, das Gitter, die Ulmen-Allee, die zu dem alten Hause führte.

Nach vor dem Abendessen schlenderte er mit seiner Schwester durch den kleinen Best. Erinnerungen an sorglose begeisterte Stunden wurden in ihnen lebendig. Eine leise Trauer bemächtigte sich ihrer, als sie zu dem kleinen ländlichen Lusthaus mit den kleinen Glasfenstern kamen, das ihnen in ihren Spielen abwechselnd als Farm, Polizeiwache, Munitionsmagazin, Palast, Festung gedient hatte.

Maxime Dupont, ihr Nachbar, war ihr treuer Genosse bei diesen lärmenden und sinnlosen Spielen gewesen, die nur zu oft von den scheltenden Mamas unterbrochen wurden.

Später ruderten sie auf dem Fühlhörn, sahen kleine Barken, die an den grasigen Ufern vor Anker lagen, und beobachteten, wie sich das Dorf im Wasser spiegelte.

„Erinnerst du dich,“ fragte Frau Barandère, „daß du hier zu zeichnen liebtest?“

Er schwieg verträumt. Dann meinte er:

„Sonderbar, dieser Winkel schien mir damals die typische Landschaft, das ‚deafle Motin‘.“

„Er ist sich gleich geblieben.“

„Aber ich habe mich geändert. . . Diese unbeabsichtigte Ordnung in der Natur erscheint mir heute gleichwohl zu abschreckend. Er wirkt atmend, wie aus einem Skizzenbuch junger Damen. Ich glaube, Leute wie Manet oder Manet wären entsetzt. Nur Puschern würde es hier gefallen.“

Frau Barandère erwiderte: „Du magst recht haben. Die Natur selbst wird unmodern.“

Sofort fand Réal den Zusammenhang zwischen diesem Gedanken und den Erwägungen, mit denen er sich herum-schlug. „Wenn sich der Geschmack ändert, warum sollten sich nicht die Ideen überhaupt ändern dürfen? Ist es nicht ein Beweis von Ermüdung, wenn man sich an die alten Ueberlieferungen klammert? Erneuerung ist die Grundbedingung jedes Lebens. Sie ist das Schicksal der Welt. Sie ist unbestegbar. Abzulegen ist sinnlos. Der Versuch, sie ab-

zuwenden, ist so aufreibend wie überflüssig. Alles Neue erscheint uns als Uebel. Es macht uns schwindlig. Die Leute lehnen sich aus Eigennutz, aus Gedankensaulheit, aus Unhänglichkeit an das alte dagegen auf. Sie erschrecken vor allem, was noch nicht anerkannt ist. Aber das Unbekannte ist stärker und setzt sie fort. Und Widerstand versuchen heißt, sich zum Niedergang verurteilen.“

Am nächsten Morgen unternahm Réal einen großen Spaziergang durch die Felder.

Für viele Bauern war er noch der „junge Herr“. Als er vorüberkam, erhoben sie ihre über die Erde gebeugten Köpfe und riefen ihn freundlich an.

Unfern vom Hause waren der Pächter Foucart und sein Sohn mit der Ernte beschäftigt. Seit dem Morgen hatten sie Garben gebunden. Jetzt saßen sie auf dem Stoppelfeld unter einem Eichenbaum und schmauften Brot und Käse.

„Der junge Herr Jacques“ war mit dem jüngeren Foucart befreundet gewesen. Oft hatten sie zusammen Krebse gefangen. Jetzt war der Vater ein Greis, der Sohn hatte graues Haar. Seine beiden jüngeren Brüder waren im Kriege gefallen, der eine in der Champagne, der andere später in Syrien.

Réal drückte den beiden die Hände und fragte, was es Neues gebe.

Sie antworteten bedächtig. Dann sprach er von der guten Ernte und den hohen Preisen. Die Bauern seien ja jetzt reiche Leute.

„Das sollen sich die Nichtstuer in den Städten hinter die Ohren schreiben“, verzogte der alte Foucart. „Sie wollen nichts arbeiten, sondern nur bummeln. Wir haben Geld verdient, das läßt sich nicht abstreiten. Aber wir haben's uns sauer werden lassen.“

„Und dann,“ setzte der Sohn hinzu, „wir waren immer an der Front. Die Kerle aus den Fabriken haben sich gedrückt. Deshalb müssen wir auch jetzt ein bißchen was davon haben.“

Réal war neugierig, die Ansicht der Landleute über den Krieg zu erfahren.

„Gut,“ meinte er, „also bis zur nächsten Mobilisierung.“

Bei diesem Wort fuhren die beiden Bauern auf.

„Nu, nu! Wir haben noch gerade genug von der Schweinerei.“

Sie hatten das beinahe gleichzeitig ausgerufen. (Fortsetzung folgt.)

